

**Ein auf die künftigen Generationen ausgerichtetes Südtirol,
das Vorreiter bei der Nachhaltigkeit ist,
braucht eine innovative und starke Industrie**

Südtirol hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, auf europäischer Ebene zum Vorreiter in der Gestaltung des ökologischen und digitalen Wandels zu werden.

Als Vertreter der industriell organisierten Unternehmen und der mehr als 50.000 dort Beschäftigten sind wir überzeugt davon, dass die Industrie im Mittelpunkt dieses Prozesses stehen muss.

Die Pandemie, die Energiekrise und der Rohstoffmangel haben die Notwendigkeit aufgezeigt, strategische industrielle Produktionen wieder nach Europa zurückzuholen. Innerhalb Europas, muss die Rolle Südtirols jene sein, auf eine hochinnovative und intelligente Industrie zu setzen, in deren Mittelpunkt Qualität und nicht Quantität stehen. Dies schafft Wohlstand und macht unser Land attraktiv.

In diesem Zusammenhang ist eine Strategie erfolgreich, die Südtirol öffnet und so kurze und lokale Kreisläufe und Lieferketten durch die Integration in globale Kreisläufe und Lieferketten stärkt. Eine Strategie, welche die Stärken der kleinen Unternehmen aufwertet und deren Entwicklung und Wachstum fördert, zugleich aber auch den größeren Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit garantiert.

Aus diesen Gründen wiederholen wir unsere Forderung an die Landesregierung nach einer auf die künftigen Generationen ausgerichteten Industriepolitik. Eine Industriepolitik, die es heute noch nicht gibt, und die den zentralen Beitrag dieses Sektors anerkennt, seine hochqualifizierten Arbeitsplätze sichert und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt.

Wir teilen in diesem Sinne das von der Europäischen Kommission festgelegte Ziel, den Anteil der Industrie im engen Sinn am BIP innerhalb 2030 auf zumindest 20 Prozent zu bringen (in Südtirol lag dieser im Jahr 2019 bei 17,1 Prozent) und den Anteil des verarbeitenden Gewerbes im weiteren Sinne, unter Einbeziehung des Bauwesens, auf mindestens 25 Prozent (in Südtirol lag dieser 2019 bei 22,9 Prozent). Längerfristig setzen wir auf das ehrgeizigere Ziel, das in der Strategie der Industriepolitik Deutschlands 2030 vorgegeben ist, und zwar das Gewicht der Industrie im engen Sinne auf einen Anteil am BIP von 25 Prozent zu bringen.

1) Die Industrie als Motor des ökologischen Wandels

Für den zweifachen Wandel – ökologisch und digital – können wir nicht auf technologischen Fortschritt verzichten. Die Südtiroler Industrie ist für mehr als 70 Prozent der Investitionen in Forschung und Entwicklung verantwortlich: als besonders stark innovationsorientierter Sektor wird sie in erster Linie auf dem Weg hin zu einer immer nachhaltigeren Wirtschaft stehen, dabei hohe Qualitäts- und Umweltstandards sowie Energieeffizienz garantieren und diese weiter verbessern. Die Investition in Technologie muss mit Investitionen in Menschen und deren Kompetenzen einhergehen.

Dies sind die prioritären Maßnahmen, um diesen Wandel konkret mitzugestalten:

- Gezielte Unterstützung strategischer Investitionen, die Innovation, Digitalisierung und Bildung fördern, durch die bestmögliche Verwendung der Mittel europäischer Fonds sowie des PNRR.
- Private und öffentliche Investitionen in Energieeffizienz fördern, wobei insbesondere auf erneuerbare Energien, Eigenproduktion und Umverteilung durch Synergien unter Unternehmen gesetzt werden soll.
- Maßnahmen zur Umstellung und Diversifizierung der Produktion in strategischen Sektoren im Zeichen von Industrie 4.0 begünstigen.

2) Die Industrie als Garant für hochwertige Arbeitsplätze

Auch dank der über die Zeit konsolidierten Gewerkschaftsbeziehungen, bieten die Industrieunternehmen sichere und hochwertige Arbeitsplätze: in diesem Sektor sind 90 Prozent der Arbeitsverträge unbefristet. In diesen Unternehmen befindet sich der Großteil der hochqualifizierten, innovativen und international ausgerichteten Arbeitsplätze. Daher wird ihr Beitrag zu einer immer größeren sozialen Nachhaltigkeit der Arbeit entscheidend sein.

- Arbeits- und Organisationsmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern sowie die Beschäftigung von Gruppen wie Frauen, Jugendliche und neue Mitbürger, die noch nicht ausreichend in den Arbeitsmarkt integriert sind: dies sind die Ziele, auf die sich die Sozialpartner in den kommenden Jahren konzentrieren werden.
- Von den politischen Institutionen fordern wir konkrete Maßnahmen, um Mitarbeiter:innen durch die Reduzierung der Steuerlast auf Arbeit höhere Nettolöhne zu garantieren. Zugleich unterstützen wir Vertragsverhandlungen auf Betriebsebene, die viele Unternehmen bereits eingeführt haben, damit Lohnerhöhungen insbesondere in Form von Produktivitätsprämien und zusätzlichen Welfare-Leistungen zugunsten der Mitarbeiter:innen ermöglicht werden.
- Die Wertschätzung der Mitarbeiter:innen erfolgt auch durch eine kontinuierliche berufsbegleitende Weiterbildung. Der spartenübergreifende Ausbildungsfonds Fondimpresa ist für den Industriesektor ein Vorzeigebispiel, wie die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Unternehmen und der Arbeitnehmer in entscheidender Art und Weise zum professionellen Wachstum und der Vermittlung neuer Kompetenzen beitragen kann. Seine Verwendung durch die Betriebe des Sektors soll weiter gestärkt werden.
- Wir unterstützen Maßnahmen durch die IDM zur Förderung der Qualität unserer Produkte und Südtirols als „Best place to work“, auch und insbesondere, im Produktionssektor mit dem vorrangigen Ziel, die besten Talente hier zu behalten und neue anzuziehen.
- Arbeitsqualität bedeutet auch Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz: Unternehmen und ihre Mitarbeiter:innen müssen sich gemeinsam, auch durch ihre Vertretungen (wie im erneuerten Komitee für Gesundheit und Sicherheit), dafür einsetzen, dass Arbeitsunfälle zurückgehen und eine Kultur der Sicherheit begünstigen.
- Die Sozialpartner setzen sich dafür ein, öffentliche und private Auftraggeber dafür zu sensibilisieren, dass diese Qualität der Arbeit auch bei Ausschreibungen berücksichtigt wird, mit dem Ziel, auch in anderen Sektoren bessere und stabilere Arbeitsverträge zu garantieren.

3) Die Industrie eingebettet in einem Land, offen für Innovation und digitale Kultur

Die Zeiten, in denen wir leben, sind von immer schnelleren Veränderungen geprägt. Die Unternehmen und die Gesellschaft im Allgemeinen müssen umgehend auf die neuen Herausforderungen reagieren und brauchen schnelle Antworten von Seiten der öffentlichen Verwaltung. Eine verstärkte Investition in eine digitale Kultur ist notwendig – insbesondere im Bereich der Schule – gemeinsam mit einer Reorganisation und Effizienzsteigerung der Verwaltungsabläufe.

- Wir fördern die Verbreitung einer „digitalen Kultur.“ Darunter verstehen wir Investitionen in Infrastrukturen, aber noch mehr im Bereich der Kompetenzen. Die Digitalisierung muss eine echte Vereinfachung für Bürger und Unternehmen und nicht zuletzt für die öffentliche Verwaltung selbst sein.
- Eine Verwaltungsreform für Sanität, Schule, Kultur und Gemeinden ist notwendig, um eine hohe Qualität der Leistungen garantieren zu können. So wie in der Vergangenheit sind wir bereit, hierfür konkrete Vorschläge auszuarbeiten und mit den politischen Verantwortungsträgern zu vertiefen.
- Die gewinnbringende Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor muss gefördert werden. Dies gilt auch für die angewandte Forschung: Forschungseinrichtungen, die diese anbieten, dürfen nicht ausschließlich von der öffentlichen Hand finanziert werden, sondern müssen auf die Finanzierung durch private Mittel aufgrund der Zusammenarbeit mit Unternehmen setzen.

4) Die Industrie und eine zukunftsorientierte Raum- und Landschaftsplanung

Wir schätzen den Wert unserer Landschaft: mit Grund und Boden muss sparsam, intelligent und ohne Verschwendung umgegangen werden. Zugleich muss auch soziale Nachhaltigkeit garantiert werden. Die Industrie, die bereits weniger Fläche als andere Sektoren braucht, will weiterhin ihren Beitrag leisten und noch besser werden. Die verarbeitenden Unternehmen leisten unter allen Wirtschaftssektoren den höchsten Beitrag zum BIP und zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen. Das verarbeitende Gewerbe sichert nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Raum, die höchste Anzahl an Arbeitsplätzen. Dennoch besetzen die Gewerbebezonen einen extrem kleinen Teil unseres Landes (weniger als 0,5% der Gesamtfläche).

Die Instrumente der urbanistischen Planung auf Gemeinde- und Landesebene (Risikoplan, Gemeindeakustikplan, Entwicklungspläne etc.) werden immer mehr zu strategischen Programmen auch auf wirtschaftspolitischer und sozialer Ebene. Aus diesem Grund müssen auch die Bedürfnisse des Produktionssektors berücksichtigt werden.

- Zehnjährige GIS-Befreiung für die Wiedergewinnung zu Produktionszwecken von leerstehenden Hallen und Befreiung von der Baukostenabgabe für unterirdisches Bauen (doppelter Vorteil: Investitionsanreiz und keine weitere Verwendung von Boden).
- Gewerbebezonen mit Infrastrukturen ausstatten, die sie wettbewerbsfähiger machen, insbesondere im Bereich Daten- und Energienetze.
- Die Gewerbebezonen vorrangig der produktiven Bestimmung vorbehalten und zuverlässige Antworten in kurzen Zeiten auf Erweiterungs- und/oder Ansiedlungsverfahren geben, um private, zukunftsorientierte Investitionen, die Mehrwert und Beschäftigung schaffen, nicht einzubremsen. Damit soll auch die Rückkehr von Unternehmen, die in den vergangenen Jahren ihre Produktion ins Ausland oder in andere Regionen verlegt haben, begünstigt werden.
- Leistbares Wohnen ermöglichen. Dies gilt insbesondere für den Mietmarkt (*siehe auch gemeinsame Vorschläge vom 2/12/2019 in Bezug auf die Wohnbaupolitik*).

Bozen, am 5. Oktober 2022